



BILDUNGSLAND



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Infodienst Eltern

Juli/August 2011

Nummer 55

AKTUELLES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

- ☒ Eltern sollen bei der Wahl der weiterführenden Schule ihrer Kinder das Sagen haben - Gesetz-entwurf kommt ins Kabinett
- ☒ Der Bildungsaufbruch schreitet voran: die neue Schulpolitik in Baden-Württemberg
- ☒ Kultusministerium: Zahl der Ganztagsplätze in Kindertageseinrichtungen muss ausgebaut werden
- ☒ Ausbildung für Lehrer an den Pädagogischen Hochschulen wird neu geregelt
- ☒ Große Übereinstimmung zwischen Landeselternbeirat und neuer Landesregierung

FORTBILDUNG

- ☒ Seminare und Bildungsreisen mit der Landeszentrale für politische Bildung
- ☒ Neue Termine des Landesverbands der Schulfördervereine Baden-Württemberg

AKTIONEN, TIPPS, TERMINE

- ☒ Schüleraustausch Baden-Württemberg - Bewerbungsstart für das neue Schuljahr im September
- ☒ Universität Stuttgart stellt Maßnahmen für den Abiturjahrgang 2012 vor

LITERATUR, MEDIEN

- ☒ Aktueller Report der Familienforschung Baden-Württemberg zum Thema "Migration, Familie und Beruf"
- ☒ Neue Publikationen aus der Landeszentrale für politische Bildung
- ☒ Elternworkshops in Stuttgart zum Jugendmedienschutz
- ☒ Werden Sie Mentor/in in Medienfragen! - Das Eltern-Medienmentoren-Programm des Landesme-dienzentrums

AKTUELLES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

Eltern sollen bei der Wahl der weiterführenden Schule ihrer Kinder das Sagen haben - Gesetzentwurf kommt ins Kabinett

Eltern sollen künftig bei der Wahl der weiterführenden Schule ihrer Kinder das Sagen haben. Das Kultusministerium von Baden-Württemberg bringt dazu in der Kabinettsitzung am kommenden Dienstag einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes ein. "Die Landesregierung will das Recht der Eltern an einem entscheidenden Lebensabschnitt ihrer Kinder stärken", erklärt Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer dazu heute in der Plenarsitzung des Landtags. Damit soll zum einen die Verbindlichkeit der Grundschul-Empfehlung abgeschafft und zum anderen die Beratung der Mütter und Väter verbessert werden. Die Entscheidung der Eltern ist dann rechtsverbindlich.

Die Landesregierung steigt mit diesem Gesetz in die Umsetzung ihrer Schulreformen ein. "Der Bildungsaufbruch, der in den Kommunen jetzt schon kräftig spürbar ist, erhält damit seinen Startschuss", sagt die Ministerin. Die neue Art der Empfehlung soll nach der Gesetzesänderung zum Schuljahr 2012/13 gelten, so dass die Eltern bereits im Frühjahr 2012 Wahlfreiheit erhalten. Die Beratung durch die Lehrkräfte erfolgt dann auf dieser Grundlage.

"Die Eltern können sicher sein, dass die Lehrer sie bei ihrer wichtigen Entscheidung sehr gut unterstützen werden", betont Warminski-Leitheußer. Dazu soll die bisherige grundlegende Beratung durch die Grundschulpädagogen in drei Punkten weiter verbessert werden.

1. Das Kultusministerium will ein "durchgängiges, kontinuierliches und verbindliches Informations- und Beratungskonzept" ausarbeiten. Es soll auf der schon vorhandenen Beratungstätigkeit beruhen, aber über die bloße Beurteilung nach Noten hinausgehen. Damit wird die gesamte Lern- und Leistungsentwicklung des Kindes stärker in den Blick genommen, etwa das Lern- und Arbeitsverhalten oder die Motivation.

2. Die Ministerin strebt ein begleitendes Konzept für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an. Sie sollen ein besseres Rüstzeug dafür erhalten, wie sie die Eltern am besten beraten können.

3. Das dritte Element ist, die Kooperation zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen verbindlich festzulegen. Damit sollen die Lehrkräfte von Grundschule und weiterführender Schule näher zusammengeführt werden "mit dem Auftrag, den Übergang gemeinsam mit den Eltern zu gestalten", heißt es im Gesetzesentwurf.

Wichtig ist der Ministerin, dass die Verantwortung der Pädagogen durch diesen neuen Weg nicht geschmälert werde. Denn die Empfehlung bleibe weiterhin erhalten, wenn auch ohne verpflichtenden Charakter. Und die Beratung der Väter und Mütter sei schließlich elementar, um ihnen den richtigen Weg für ihre Kinder zu bereiten.

Das Ministerium kann derzeit nicht abschätzen, wie sich in der Folge die Übergangszahlen für die weiterführenden Schulen entwickeln. Es weist aber darauf hin, dass auch die kommenden Reformen den Übergang beeinflussen würden, etwa die Einführung eines Gymnasium G 8 plus (neun Schuljahre) und vor allem die Gemeinschaftsschule. Klar sei aber, dass die Lehrereinstellung für das Schuljahr 2012/13 auf der Grundlage der dann vorliegenden Übergangszahlen beschlossen werde. Zudem ließen die bisherigen Erfahrungen etwa in Rheinland-Pfalz nicht erwarten, dass Realschule und Gymnasium dadurch zu stark belastet würden. Teilweise sei auch abzusehen, dass höhere Übertrittsquoten vom Rückgang der Schülerzahl kompensiert würden. "In erster Linie bin ich mir aber sicher, dass die Eltern vor allem das Wohl ihrer Kinder im Auge haben und sie nicht gegen jede Vernunft auf das Gymnasium zwingen werden", betont die Ministerin. Hier setze die Landesregierung auch verstärkt auf die Eigenverantwortung der Bürger.



Der Bildungsaufbruch schreitet voran: die neue Schulpolitik in Baden-Württemberg

Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer stellt in einem Brief an die Eltern, Schulen, Kindergärten und Schulträger im Land ihre bildungspolitischen Ziele umfassend vor. Dazu wurde die Koalitionsvereinbarung im Ministerium in erste konkrete inhaltliche Vorschläge gegossen. "Wir können die Bildungschancen für alle Kinder im Land deutlich verbessern, wenn wir die Koalitionsvereinbarung schrittweise umsetzen", sagt die Ministerin. Sie strebt in einem ersten Schritt in vier Punkten Reformen an:

1. Abschaffung der verpflichtenden Grundschulempfehlung
2. Einrichtung eines Weges für G 9 innerhalb des achtjährigen Gymnasiums

3. Chance auf mittleren Schulabschluss für alle: Werkrealschule weiterentwickeln
4. Einführung der Gemeinschaftsschule

Für diese Vorhaben muss allerdings das Schulgesetz geändert werden, um den Schulen und Eltern eine klare Rechtssicherheit bieten zu können. Wenn die Anträge der Schulträger genehmigt sind, könnten die Schulen die Reformvorhaben zum Schuljahr 2012/13 umsetzen. Im Kultusministerium wird derzeit ermittelt, welche Ressourcen für die Umsetzung dieser Vorhaben konkret gebraucht werden und welche zur Verfügung stehen. Bei den Haushaltsberatungen wird die Landesregierung dann klären, in welchen Schritten eine Umsetzung möglich ist.

Der Leitgedanke der grün-roten Schulpolitik lautet: gute Schule wächst von unten. "Die Kreativität vor Ort soll sich entfalten können und nicht gedeckelt werden", sagt die Ministerin. Das Kultusministerium wird deshalb innovative Schulkonzepte genehmigen, wenn sie bestimmte Qualitätsanforderungen erfüllen. Ziel ist dabei, Kinder besser individuell zu fördern und ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

1. Die Eltern haben das Sagen: Grundschulempfehlung nicht mehr verpflichtend

Das Kultusministerium will die verpflichtende Grundschulempfehlung durch eine intensive Beratung der Eltern ersetzen. Bestandteil des Konzepts ist auch, die Kooperation zwischen den Grundschulen und den weiterführenden Schulen auszubauen. Geplant ist, dass die neue Regelung zum Schuljahr 2012/13 in Kraft tritt, die Eltern also schon im Beratungsverfahren im Frühjahr 2012 Wahlfreiheit haben. "Wir wollen dafür sorgen, dass die Eltern endlich das Sagen haben, wenn es um eine solch wichtige Entscheidung für ihre Kinder geht", erklärt Warminski-Leitheußer. Die bisherigen Erfahrungen bei einem solchen Schritt etwa in Rheinland-Pfalz seien positiv.

2. Eine G 9-Lösung im G 8: zwei Kernwege an einer Schule

Die Ministerin will mit diesem Angebot an Schulträger und Eltern die Belastung durch das achtjährige Gymnasium verringern. Allerdings ist nicht das Ziel, das G 8 abzuschaffen oder zum alten G 9 zurückzukehren. Falls ein Schulträger aber auf der Grundlage des G 8-Bildungsplans einen neunjährigen Weg zum Abitur einführen will, kann dies beantragt werden. Warminski-Leitheußer will dabei in den unteren Klassen beginnen, um den Einstieg für die Mädchen und Jungen in das Gymnasium zu erleichtern. Dazu gibt es bisher die Überlegung, den Stoff der Klassen fünf und sechs auf drei Klassen zu verteilen. Ab Klasse acht würden demnach die Züge von G 8 und G 9 parallel laufen. Aber dieses Thema ist nicht abschließend geklärt und soll weiterhin ausführlich besprochen werden. "Wir möchten den Schülern hier auch einen Wechsel zum Schuljahresende ermöglichen, wenn sie das wollen", sagt die Ministerin.

3. Werkrealschule weiterentwickeln: eine zehnte Klasse für alle

Die Kultusministerin will bei der Werkrealschule zum einen erreichen, dass die Lernbedingungen für die einzelnen Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Zum anderen geht es hier auch darum, die Existenz der weiterführenden Schulen in kleinen Gemeinden durch ein breiteres Angebot an Abschlüssen zu sichern, die Schule also im Dorf zu lassen. Das Ministerium plant folgende Schritte:

- alle Hauptschulen im Land, auch die einzügigen, können Werkrealschule werden
- die bisherige Notenhürde ab Klasse neun entfällt
- der Übergang in die ein- oder zweijährige Berufsfachschule nach Klasse neun bleibt erhalten
- allen Schülern soll ein zehntes Schuljahr ermöglicht werden
- alle Schüler können den Hauptschulabschluss zum Ende der neunten oder zehnten Klasse ablegen
- in Klasse zehn wird der Unterricht in der Regel in gemischten Gruppen abgehalten
- die verpflichtende Kooperation mit den Berufsfachschulen in Klasse zehn wird gestrichen
- die Berufsorientierung wird breiter angelegt. Die Schulen erhalten bei der Umsetzung der Wahlpflichtfächer größere Spielräume.
- die neuen Werkrealschulen können einen vollwertigen Realschulabschluss anbieten, der aber auf dem Bildungsplan der Realschulen basieren muss

- den Werkrealschulen steht eine Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule offen.

"Die Werkrealschulen müssen den jungen Leuten ein zukunftsfähigeres Konzept anbieten, mit dem sie ihren Schulerfolg verbessern können", erklärt die Ministerin.

4. Die Gemeinschaftsschule als Schule der Vielfalt: Großes Interesse in den Kommunen

Leitgedanke der Gemeinschaftsschule ist eine leistungsstarke und sozial gerechte Schule, in der die Schüler nach ihren individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten gefördert werden. "Das ist eine Schule, in der die guten Schüler richtig Gas geben können und die schwächeren mehr Zeit haben, sich zu entwickeln", sagt die Ministerin.

Ziel ist, dass alle Schüler den individuell besten Bildungserfolg erreichen können. Dabei können sie miteinander und voneinander lernen, wobei der Klassenverband durch Lerngruppen ersetzt wird. Die Gemeinschaftsschule wird als rhythmisierte Ganztagschule umgesetzt, um die individuelle Förderung zu gewährleisten. Wichtig ist der Kultusministerin, dass die Schulabschlüsse exakt den gleichen Qualitätskriterien entsprechen müssen, die in den anderen Schulen gelten. Zudem hält das Ministerium an den bewährten Bildungsstandards fest, die das Leistungsniveau in einer Jahrgangsstufe festschreiben. Dadurch können nicht nur die Leistungen in den Schulen miteinander verglichen werden, in jeder Jahrgangsstufe ist auch ein Wechsel von einer zur anderen Schule und zu anderen Schularten möglich. Zudem umfasst diese Schulart das Leistungsniveau von Hauptschule, Werkrealschule, Realschule und Gymnasium.

Die Gemeinschaftsschule werde bereits jetzt in vielen Kommunen als Schule der Zukunft betrachtet, sagt Warminski-Leitheußer. Vielerorts lägen Konzepte in der Schublade, zumal die alte Landesregierung rund 70 Schulreformen aller Art abgelehnt hat. Seit Regierungsantritt haben bereits 50 Kommunen ihr Interesse an diesem Konzept bekundet, obwohl noch nicht einmal die Rahmenbedingungen festgelegt sind. Mehr als zehn kündigten bereits konkrete Vorhaben an. Beschlüsse liegen sogar schon von den Gemeinderäten Ravensburg, Amtzell und Bergatreute vor. "Wir gehen davon aus, dass viele Anträge gestellt werden, zumal sich auch CDU-Bürgermeister nicht von der althergebrachten Haltung ihrer Landesspitze abschrecken lassen", erklärt die Ministerin. Im Ministerium ist inzwischen eine Stabsstelle "Schulentwicklung" eingerichtet worden. Darin fungiert Norbert Zeller, früherer Vorsitzender des Schulausschusses des Landtags, als Ansprechpartner und Berater für die Kommunen. Das Kultusministerium will deren Anträge genehmigen, wenn tragfähige und pädagogische anspruchsvolle Konzepte vorliegen. Die individuelle Förderung müsse dabei im Vordergrund stehen. "Es ist klar, dass diese Schulart auch dazu führen soll, die Leistung der Mädchen und Jungen zu verbessern."

Für alle Gemeinschaftsschulen gilt, dass bei ausreichender Schülerzahl auch der Aufbau einer Sekundarstufe zwei mit den Klassen elf bis dreizehn möglich ist.

Für die Entwicklung sind drei Wege vorgesehen:

- Beginn in der ersten Klasse bis zur Klasse zehn;
- Anschluss an die vierjährige Grundschule bis zur Klasse zehn;
- alle weiterführenden Schulen können sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln.

Gabriele Warminski-Leitheußer : "Wir sind sehr optimistisch, dass wir die Ziele unserer Bildungsreformen erreichen können, wenn diese Schritte umgesetzt werden können."



Kultusministerium: Zahl der Ganztagsplätze in Kindertageseinrichtungen muss ausgebaut werden

Das Kultusministerium Baden-Württemberg sieht sich beim heute vorgestellten Ergebnis des Bertelsmann-Ländermonitors darin bestätigt, zusammen mit den Kommunen den Ausbau von Ganztagsangeboten bei Kindertageseinrichtungen voranzutreiben. "Das Land muss sich nach den Versäumnissen der Vergangenheit endlich darum kümmern, den berufstätigen Eltern weitere ganztägige Betreuungs-

angebote im Kindergarten zur Verfügung zu stellen", sagt Dr. Frank Mentrup, Staatssekretär im Kultusministerium. Verbesserungen seien auch deshalb notwendig, um die Bildungschancen aller Kinder deutlich zu erhöhen: "Die Mädchen und Jungen profitieren etwa beim Erlernen der deutschen Sprache eindeutig von Ganztagsangeboten."

Die grün-rote Koalitionsvereinbarung sagt deshalb zu, "die Anzahl der ganztägigen Plätze in den Kindertageseinrichtungen (zu) erhöhen und damit dem steigenden Bedarf gerecht zu werden". Eine schrittweise Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Einrichtungen sei aber nur zusammen mit den Kommunen möglich. Dabei gehe es auch um einen besseren Betreuungsschlüssel von Fachkraft und Kind oder um eine qualitätsvolle Umsetzung des Orientierungsplans.



Ausbildung für Lehrer an den Pädagogischen Hochschulen wird neu geregelt

Die Lehramtsstudiengänge an den Pädagogischen Hochschulen werden mit Beginn des Wintersemesters 2011/12 neu gestaltet. Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer unterzeichnete jetzt in einer ihrer ersten Amtshandlungen die entsprechenden Prüfungsordnungen, nachdem auch Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zugestimmt hatte. Die Prüfungsordnungen waren von der früheren Landesregierung vorbereitet worden.

Künftig gibt es damit einen Studiengang für das Grundschullehramt (Primarstufe) sowie einen weiteren Studiengang für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen (Sekundarstufe I). Das bisherige Verbundlehramt an Grund- und Hauptschulen ist aufgehoben. Dass die Ministerien für die beiden neuen Studiengänge eine Regelstudienzeit von acht Semestern festgelegt haben, unterstreicht ihre gleichwertige Bedeutung. Der Studiengang für das Lehramt an Sonderschulen wird umgestaltet in den neuen Studiengang Sonderpädagogik mit einer Regelstudienzeit von neun Semestern.

„Jetzt können die Grundschullehrer endlich besser für die ersten Schuljahre ausgebildet werden“, sagt Warminski-Leitheußer. Zudem gelinge damit der Einstieg in die Stufenlehrausbildung, wonach die Pädagogen auf die Lernphasen der Kinder und Jugendlichen im Grundschul- (Primar-) und Sekundarbereich unterschiedlich vorbereitet werden. Die Wissenschaftsministerin fügt hinzu: „Mir ist es wichtig, die strikte Trennung zwischen den Schularten aufzuheben - zugunsten einer Ausbildung, die sich an der Altersstufe der Schülerinnen und Schüler orientiert. Die neuen Regelungen ermöglichen es den Studierenden außerdem, den schulischen Alltag künftig noch intensiver kennenzulernen.“ Die schulpraktischen Teile der Ausbildung sollen zu einem integrierten Semesterpraktikum gebündelt werden.

Die beiden Ministerien wollen mit den neuen Studiengängen erreichen, dass die Pädagogen ihren Unterricht besser auf die jeweilige Altersgruppe der Schüler ausrichten können. Auch die individuelle Förderung und die Diagnostik etwa bei Sprachproblemen stehen im Vordergrund. „Jeder Pädagoge muss künftig so auf jeden einzelnen Schüler eingehen können, dass dessen Stärken gefördert und Schwächen ausgeglichen werden“, erklärt die Kultusministerin. Damit werde auch eine Voraussetzung dafür geschaffen, den Unterricht an den kommenden Gemeinschaftsschulen zu gestalten.

Grundschule: Damit ist gewährleistet, dass künftige Grundschullehrerinnen und -lehrer neben dem umfassenden Studium von pädagogisch-psychologischen Inhalten ein breites fachliches Grundlagenwissen erwerben. Vorgeschrieben sind die Kompetenzbereiche Deutsch einschließlich Deutsch als Zweitsprache und Mathematik. Darüber hinaus sind zwei weitere Kompetenzbereiche wählbar. „Damit können wir erreichen, dass alle künftigen Grundschullehrkräfte so gut ausgebildet sind, dass sie den Übergang der Kinder in die Schule besser begleiten können als bisher“, erklärt die Kultusministerin. So sei auch sichergestellt, dass die Pädagogen frühzeitig Lernschwierigkeiten etwa beim Lesen oder bei der Entwicklung des Zahlenverständnisses erkennen und entsprechende Fördermaßnahmen einleiten könnten.

Werkreal-, Haupt- und Realschulen: Für das Lehramt werden drei Fächer (ein Hauptfach, zwei Nebenfächer) studiert, etwa: Physik und Chemie, Deutsch, Englisch und Französisch sowie Informatik, Ma-

thematik und Wirtschaft. Absolventen dieses Lehramts können nach der zweiten Staatsprüfung in Haupt-, Werkreal- und Realschulen und in Gemeinschaftsschulen eingesetzt werden. Die beiden Ministerien streben an, hier künftig auch die Ausbildung für Gymnasiallehrer einzubeziehen. „Hier wird keine Zweizügigkeit des Schulsystems festgefügt“, unterstreicht Warminski-Leitheußer.

Lehramt Sonderpädagogik: Dieses Lehramt kann an den Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg und Ludwigsburg/Reutlingen studiert werden und umfasst die Kompetenzbereiche Deutsch und Mathematik des Lehramtsstudiengangs Grundschule, ein Fach des Studiums für das Werkreal-, Hauptschul- und Realschullehramt sowie das Studium zweier sonderpädagogischer Fachrichtungen. Der Studiengang wird insbesondere darauf ausgerichtet, dass künftige Sonderpädagoginnen und -pädagogen, zum Beispiel im Rahmen von inklusiven Bildungsangeboten, häufiger als in der Vergangenheit in Bildungseinrichtungen außerhalb der Sonderschulen wirken können.

Für alle drei Studiengänge gilt, dass die Studierenden stärker als bisher mit der schulischen Praxis verbunden sind. Sie absolvieren ein zweiwöchiges Einführungs- und Orientierungspraktikum, ein etwa 14-wöchiges integriertes Semesterpraktikum, das bestanden werden muss, und schließlich ein Professionalisierungspraktikum. Alle Praxisphasen werden von den Experten der Pädagogischen Hochschulen sowohl pädagogisch als auch fachdidaktisch betreut.

Die beiden Ministerien legen zudem Wert auf weitere neue Aspekte dieser Ausbildung, etwa auf die interkulturelle Kompetenz künftiger Lehrkräfte sowie die Fähigkeit zur Kooperation insbesondere mit den Eltern.

Die Vorarbeiten für alle drei Prüfungsordnungen wurden in einem breit angelegten mehrjährigen Kommunikationsprozess in Kommissionen mit Vertretern der Pädagogischen Hochschulen, der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, der Schulen, der Kirchen und der Studierenden geleistet. In den Diskussionsprozess waren darüber hinaus die Lehrerverbände, die Personalvertretung, der Landeschulbeirat und der Landeselternbeirat einbezogen.



Große Übereinstimmung zwischen Landeselternbeirat und neuer Landesregierung

Die Übereinstimmung zwischen Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) und der neuen Landesregierung ist sehr groß. Das zeigte sich jetzt, als Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer und Staatssekretär Frank Mentrup an einer Sitzung des Gremiums teilgenommen haben. "Wir freuen uns sehr, dass die neue Leitung des Kultusministeriums uns ernst nimmt und unseren Anliegen wesentlich stärker folgt als die frühere Amtsspitze", sagt der LEB-Vorsitzende Christian Bucksch.

Tatsächlich gibt es bei den besprochenen bildungspolitischen Themen weitgehende Übereinstimmung, zumal viele frühere Forderungen des LEB umgesetzt werden. Besonders wichtig ist den Eltern, dass die Schulpolitik künftig nicht mehr von oben herab verordnet werden soll. Die Kultusministerin legt großen Wert darauf, die Schulträger ebenso in die Entscheidungen einzubinden wie Lehrkräfte und Eltern. "Wir wollen uns auf die Kenntnisse und das Engagement vor Ort stützen, um damit die Schulen zu schaffen, die für die jeweiligen Kommunen am besten geeignet sind", erklärt Gabriele Warminski-Leitheußer. Es sei nicht mehr zeitgemäß, die Betroffenen bei solchen Entscheidungen zu übergehen. Sie bedankt sich deshalb auch bei den LEB-Mitgliedern für ihr großes Engagement: "Wenn Eltern sich am Schulleben und in der Bildungspolitik gut beteiligen, können wir zusammen viel für die Kinder und Jugendlichen erreichen."

Dem LEB ist wichtig, dass die Eltern künftig stärker in die Entscheidungen in den Schulen einbezogen werden. Bucksch unterstützt deshalb die Drittel-Parität, die Grün-Rot zwischen Lehrern, Schülern und Eltern in der Schulkonferenz schaffen will. Auch weitere Ziele der Koalitionsvereinbarung werden vom LEB mitgetragen, etwa der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit und die verbindliche Einführung des Orientierungsplans für Kindergärten. Der LEB steht auch hinter der Schaffung eines parallelen neunjährigen Zugs bei G 8 auf Wunsch von Schulträger und Schulkonferenz, will aber darüber

hinaus weitere Optionen zur Verlängerung der Lernzeit an Gymnasien ermöglichen, etwa die Einführung eines Übergangsjahres von Klasse zehn auf elf.

Der LEB-Vorsitzende ist auch froh darüber, dass die noch von der alten Landesregierung vorgesehene Streichung von 711 Lehrerstellen jetzt gestoppt worden ist. "Wir wollen uns nicht vorstellen, wie viel Unruhe und Stundenausfall an den Schulen durch ein solches Vorgehen ausgelöst worden wäre", sagt Bucksch.



FORTBILDUNG

Seminare und Bildungsreisen mit der Landeszentrale für politische Bildung

Wirtschafts- und Wohnprojekte aus Frauensicht

5. bis 9. September 2011, Bad Urach, Haus auf der Alb, 250 Euro

Wie kann vor dem Hintergrund von Finanzkrise und Staatsverschuldung ein Wirtschaftssystem aussehen, das nicht primär der Kapitalvermehrung, sondern den Menschen dient? Und wie wollen Frauen in Zukunft leben und wohnen?

Eine Exkursion zu einer Genossenschaft im Allgäu und auf die Schwäbische Alb gehört ebenso zum Programm wie die Möglichkeit, eigene Impulse und Erfahrungen einzubringen. In Kooperation mit der Frauenakademie der Volkshochschule Ulm.

www.lpb-bw.de/uebersicht_veranstaltungen.html

E-Learning-Kurs für Männer und Frauen

Zauberwort Gender Mainstreaming

16. September bis 16. Oktober 2011, Treffen in Stuttgart und an Ihrem PC, 50 Euro

Ist Gender Mainstreaming für Sie ein Fremdwort? Nach diesem vierwöchigen Online-Kurs wird es zum Zauberwort! Von Ihrem PC aus lernen Sie das Konzept kennen, mit dem Chancengleichheit in Organisationen realisiert werden soll und kann.

E-Learning-Kurs "Interkulturelle Kompetenzen erwerben"

14. Oktober bis 11. November 2011, Treffen in Stuttgart und an Ihrem PC, 50 Euro

Interkulturelle Kompetenzen stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind für die Wirtschaft schon lange eine Schlüsselqualifikation. In diesem vierwöchigen Online-Kurs, der zusammen mit dem Ministerium für Integration und dem Masterstudiengang "Interkulturalität und Integration" der PH Schwäbisch Gmünd erstellt wurde, können Sie von Ihrem PC aus Ihre Kenntnisse vertiefen.

www.lpb-

[www.lpb-bw.de/alle_veranstaltungen.html?&no_cache=1&tx_crilpbeventmodule_pi1\[showUid\]=6222&tx_crilpbeventmodule_pi1\[0\]=0&cHash=3a18a6512d](http://www.lpb-bw.de/alle_veranstaltungen.html?&no_cache=1&tx_crilpbeventmodule_pi1[showUid]=6222&tx_crilpbeventmodule_pi1[0]=0&cHash=3a18a6512d)

Politischer Extremismus in der Bundesrepublik

28. bis 30. Oktober 2011, Bad Urach, Haus auf der Alb, 80 Euro

Gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft, Polizei und Medien wollen wir uns mit politischem Extremismus in der Bundesrepublik auseinandersetzen.

Mehr Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen und die Möglichkeit der Online-Anmeldung finden Sie unter: www.lpb-bw.de/alle_veranstaltungen.html. Geben Sie unter "Freitextsuche" ein veranstaltungsspezifisches Stichwort ein.



Neue Termine des Landesverbands der Schulfördervereine Baden-Württemberg

Jahreskongress "Vereinsmanagement 2" am 23. und 24. September 2011

Der Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg e.V. führt am 23. und 24. September 2011 in Gerlingen seinen Jahreskongress 2011 zum Thema "Vereinsmanagement 2" durch und lädt alle Mitglieder, Aktive in ihren Schulfördervereinen sowie Interessierte herzlich ein. Die thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Satzung, Mitgliederversammlung und Öffentlichkeitsarbeit.

Das Programm, die Workshops und das Anmeldeformular stehen im Internet unter www.lsfv-bw.de als Download zur Verfügung. Weitere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Schulfördervereine Baden-Württemberg e.V. in Tübingen, Tel. 07071 6878607.

Regionalveranstaltung des Landesverbandes der Schulfördervereine Baden-Württemberg

Der Landesverband führt auch in diesem Herbst seine Regionalveranstaltungen durch. In diesem Jahr sind die Themen "Haftung des Vereinsvorstands" und "Aufgabenbereiche des Vorstands- rechtssicher leiten und organisieren".

Informationen zum Thema und Veranstaltungstag und -ort sowie das Programm erhalten Sie über das Internetportal www.lsfv-bw.de oder über die Geschäftsstelle. Anmeldungen sind ebenfalls über die Internetseite des Landesverbandes oder per E-Mail: info@lsfv-bw.de möglich.

Teilnahmegebühr: 10 Euro pro Person. Für Mitglieder des Landesverbandes ist die Teilnahme kostenfrei.

Mitgliederverwaltung für Schulfördervereine

Der Landesverband bietet Schulungen zur Einführung in die Datenbank zur Mitgliederverwaltung durch. Diese finden in Computerräumen statt, so dass jedem Teilnehmer ein Computerplatz zur Verfügung steht. Ziel ist es, den Teilnehmern ein eigenständiges Arbeiten mit dem System zu ermöglichen und Funktionen wie Mitgliederaufnahme, Datenänderungen und -ergänzungen, Serienbriefe und Beitragseinzüge zu erproben. Während der Schulung können die Teilnehmer mit Unterstützung der Referenten die Mitgliederdaten Ihres Schulfördervereins in das System importieren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.lsfv-bw.de oder über die Geschäftsstelle. Anmeldungen sind ebenfalls über die Internetseite des Landesverbandes oder per E-Mail: info@lsfv-bw.de möglich.

Teilnahmegebühr: 10 Euro pro Person. Für Mitglieder des Landesverbandes ist die Teilnahme kostenfrei.



AKTIONEN, TIPPS, TERMINE

Schüleraustausch Baden-Württemberg - Bewerbungsstart für das neue Schuljahr im September

Wie die Schule, richtet sich auch der Schüleraustausch Baden-Württemberg nicht nach dem Kalenderjahr: Der neue Programmzyklus fängt gleich nach den Sommerferien an. Alle, die gern mal ganz woanders zur Schule gehen wollen, sollten sich dieses Datum am besten jetzt schon vormerken.

Seit 2006 führt AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. den Schüleraustausch Baden-Württemberg im Auftrag des Kultusministeriums durch. Die internationalen Austauschprogramme sind gegenseitig und für kürzere Zeitspannen ausgelegt. Baden-württembergische Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, je nach Land zwischen drei Wochen und drei Monaten im Ausland zur Schule zu gehen. Gegenseitig sind diese Programme deshalb, weil der Austausch aus zwei Teilen besteht: zum einen dem Besuch im Gastland, zum anderen dem Aufenthalt des Austauschpartners in Deutschland.

Der Schüleraustausch Baden-Württemberg richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Schularten, die zwischen 14 und 17 Jahren alt sind. Derzeit werden Austauschprogramme mit Irland, Australien, Neuseeland, China, Frankreich, Chile, Italien und Südafrika angeboten. Im Aufnahmeland leben die

Teilnehmer bei der Familie ihrer Austauschpartner. Auf diese Art erhalten sie einen natürlichen Einblick in die Kultur und Sitten ihrer Gastgeber. Außerdem kommt ein solcher Auslandsaufenthalt auch ihren Sprachkenntnissen sowie der Persönlichkeitsentwicklung zugute.

Die Teilnehmer und ihre Familien werden von AFS sorgfältig auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereitet und währenddessen betreut. Interessierte finden ab Anfang September alle Programminformationen für den neuen Zyklus – Bewerbungsschlüsse, Teilnahmevoraussetzungen, Checklisten usw. – im Internet unter www.schueleraustausch-bw.de. Gerne beantwortet das Team des Regionalbüros Süd sämtliche Fragen, die dann vielleicht noch offen bleiben.

Kontakt:

AFS Regionalbüro Süd

Rotebühlstr. 63

70178 Stuttgart

Ansprechpartner:

Kai Müller

E-Mail: ✉ Kai.Mueller@afs.org

Telefon: 0711 8060769-16

Telefax: 0711 8060769-19

🌐 www.schueleraustausch-bw.de



Universität Stuttgart stellt Maßnahmen für den Abiturjahrgang 2012 vor

Um für den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2012 und damit die wachsende Zahl der Studieninteressierten gerüstet zu sein, hat die Universität Stuttgart gemeinsam mit dem Studentenwerk ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt. Ein Informationsfaltblatt gibt Einblick in die Vorbereitungen.

Das Maßnahmenpaket soll Abiturientinnen und Abiturienten, die an einem Studium an der Universität Stuttgart interessiert sind, attraktive Studienbedingungen ermöglichen. Das Faltblatt zeigt, welche Vorbereitungen mit Hilfe der finanziellen Unterstützung des Landesprogramms "Hochschule 2012" sowie des "Hochschulpakts 2020" des Bundes getroffen werden konnten. So wurden in den zulassungsbeschränkten Studiengängen stufenweise rund 900 zusätzliche Studienplätze eingerichtet. Eine besondere Aufstockung erfuhren hierbei stark nachgefragte Studienplätze wie im Maschinenbau, der Luft- und Raumfahrttechnik, den Sozialwissenschaften und der technisch orientierten Betriebswirtschaftslehre. Zudem bieten die neuen Studiengänge Erneuerbare Energien, Medizintechnik oder der Lehramtsstudiengang Naturwissenschaft und Technik weitere Studienplätze. Darüber hinaus sind beispielsweise die Einführung eines optimierten Hörsaalmanagements und zusätzlicher Tutorien, die Ausweitung der Vorlesungszeiten sowie eine Erhöhung der Wohnheimsplätze vorgesehen.

Das Faltblatt mit diesen und weiteren Informationen kann unter 📄 www.uni-stuttgart.de/hochschule2012/download/hochschule_2012_end_VERTEILER.pdf heruntergeladen werden.

Eine Bestellmöglichkeit finden Sie hier: 🌐 www.uni-stuttgart.de/hochschule2012.



LITERATUR, MEDIEN

Aktueller Report der FamilienForschung Baden-Württemberg zum Thema "Migration, Familie und Beruf"

Die neue Online-Ausgabe des Reports Familien in Baden-Württemberg der Familien-Forschung Baden-Württemberg gibt einen Überblick über das Thema "Migration, Familie und Beruf". Sie beschreibt

das Erwerbsverhalten sowie die Einstellungen und Wünsche zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Müttern und Vätern mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus wird ein Überblick über die Lebensformen und die Einkommenslage von Familien mit Migrationshintergrund gegeben sowie auf die Kinderbetreuungssituation eingegangen. Außerdem werden Bedingungen und Perspektiven für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern mit Migrationshintergrund benannt und anhand von Unterstützungsansätzen und Praxisbeispielen aus Baden-Württemberg verdeutlicht.

Der Report Familien in Baden-Württemberg wird im Rahmen der Familienberichterstattung des Landes von der FamilienForschung Baden-Württemberg erstellt und enthält themenbezogene wissenschaftliche Analysen zur Lage von Familien in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Er erscheint quartalsweise und wird ausschließlich in elektronischer Form veröffentlicht. Der Report kann auf den Internetseiten der FamilienForschung Baden-Württemberg unter www.fafobw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familien_in_BW/ abonniert werden. Hier und auf den Internetseiten des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (www.sozialministerium-bw.de) steht er auch zum Herunterladen bereit. Die nächste Ausgabe befasst sich mit dem Thema "Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung".



Neue Publikationen aus der Landeszentrale für politische Bildung

Das Ministerpräsidenten-Spiel

Unter dem Titel "Das ist doch ...!" hat die Landeszentrale vor wenigen Wochen ein Bundeskanzler- und ein Bundespräsidenten-Spiel herausgebracht. Spätestens zum neuen Schuljahr wird das Ministerpräsidenten-Spiel Baden-Württemberg vorliegen. 2012 wird Baden-Württemberg übrigens 60 Jahre alt! Den Porträts der bisherigen Amtsinhaber gilt es Name, Amtszeit und Parteizugehörigkeit zuzuordnen. Primär für den Unterricht gedacht, vermag das Spiel auch im privaten Kreis generationenübergreifende "Aha-Erlebnisse" auszulösen. Vorbestellungen des MP-Spiels ab sofort an marketing@lpb.bwl.de zum Einführungspreis von 6 Euro (später 8 Euro) (je zzgl. Versand). Das Bundeskanzler- und ein Bundespräsidenten-Spiel gibt es hier: www.lpb-bw.de/spiele.html

Die Straße der Demokratie

Dieser Reisebegleiter stellt zwölf Zentren südwestdeutscher Demokratiegeschichte vor. Auf den Spuren der Freiheitsbewegungen begegnet man Revolutionären, Rebellen und Demokraten seit der Französischen Revolution. Anhand von Gebäuden, Plätzen und anderen Erinnerungsorten lernt man die gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Traditionen im "Wilden Südwesten" kennen.

Karlsruhe 2011, 300 Seiten, 6,50 Euro.

www.lpb-bw.de/publikationen.html

Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen

Vor dem Hintergrund des Problems der "Jugendgewalt" ist es Ziel dieses Bandes, fachwissenschaftliche Erkenntnisse sowie Seminar- und Trainingsmodelle aus dem Bereich der Gewaltprävention zu präsentieren. Der erste Teil enthält Analysen zum Gewaltbegriff und stellt die Ergebnisse empirischer Studien dar. Der zweite Teil stellt ausgewählte Handlungsfelder vor und zeigt die Bedingungen gewaltpräventiven Arbeitens auf. Der dritte Teil stellt praxiserprobte Trainings und Seminarmodelle vor.

Paderborn 2011, 290 Seiten, 4 Euro.

www.lpb-bw.de/publikationen.html

Stadt, Land im Fluss – Die 12 Regionalverbände im Land

Die Aufgabenpalette der Regionalverbände in Baden-Württemberg ist breit. Sie reicht vom Klimaschutz bis zur Siedlungsentwicklung und von der Einzelhandelssteuerung bis zum Flächenmanagement. Gemeinsam mit der Landeszentrale haben sie unter dem Titel "Stadt, Land im Fluss" diese reich illustrierte Broschüre herausgebracht, die die Regionen mit ihren Handlungsfeldern vorstellt.

Stuttgart 2011, 90 Seiten, kostenlos

www.lpb-bw.de/publikationen.html

Deutschland seit 1945

Das reich bebilderte Buch von Jörg Engelbrecht und Wolfgang Maron ist für eine breite Leserschaft geschrieben und wendet sich ausdrücklich auch an jüngere Menschen.

Münster 2011, 160 Seiten, 6,50 Euro.

www.lpb-bw.de/publikationen.html

25 Essays zur politischen Ethik

Politisch Lied – ein garstig Lied?

Könnte Politikverdrossenheit davon kommen, dass falsche Erwartungen an die Politik gestellt werden? Zu idealistische oder auch zu egoistische? Die Beiträge von Bernhard Sutor zu zentralen politischen Begriffen sollen Missverständnisse aufdecken und für ein realistisches und zugleich wertorientiertes Verständnis von Politik plädieren.

Schwalbach/Ts. 2011, 110 Seiten, 3 Euro.

www.lpb-bw.de/publikationen.html

Basisdaten Medien Baden-Württemberg 2011

Die "Mediendaten Südwest" liefern Daten zu Medien in Baden-Württemberg sowie Vergleichsdaten für das Bundesgebiet. Unter www.mediendaten.de stellen die Träger des Projekts ständig aktualisierte Informationen zum Thema Mediennutzung zur Verfügung.

Stuttgart 2011, 64 Seiten, kostenlos

Mehr Informationen über alle Publikationen und Bestellung hier: www.lpb-bw.de/shop



Elternworkshops in Stuttgart zum Jugendmedienschutz

Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) bietet interessierten Eltern im August und September 2011 kostenlose Workshops zum Thema Internet und Sicherheit an.

Kinder und Jugendliche sind fasziniert von der Medienwelt, sitzen täglich und lange vor dem Computer, chatten, surfen und schauen sich Videos an. Dabei landen sie manchmal auch auf Seiten mit pornografischen oder gewalthaltigen Inhalten.

Vielen Eltern fragen sich daher, wie sie dazu beitragen können, die Mediennutzung ihrer Kinder sicherer zu gestalten. In den Workshops erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alles über die sichere Anwendung und die Chancen von Internet und Handy. Sie erhalten viele nützliche Tipps für den Familienalltag und Praktisches zum Ausprobieren.

Inhalte der Workshops:

- Handy und Smartphone

Funktionsweise moderner Handys und von Smartphones, Anwendungsmöglichkeiten, "Apps", Kostenfallen;

- Facebook & Co.

Soziale Netzwerke wie Facebook und schülerVZ, Funktionsweise, Anwendungsmöglichkeiten, Chancen sowie Risiken wie Cybermobbing und sexualisierte Übergriffe, Hilfemöglichkeiten bei Übergriffen;

- Computerspiele

Computer- und Konsolenspiele inkl. Kostenfallen, Mediensucht, Hilfemöglichkeiten;

- Rechte und Pflichten

Verbraucherschutz, Urheberrecht, Datenschutz, (illegale) Downloads, Persönlichkeitsrechte.

Die genauen Termine finden Sie unter www.mediaculture-online.de/SpardaSurfSave-Elternworkshops.1798.0.html.

Kontakt für Fragen und Anmeldung

Medienpädagogische Beratungsstelle im LMZ

Telefon: 0711 2850-777

E-Mail: ✉ beratungsstelle@lmz-bw.de

Veranstaltungsort ist das Landesmedienzentrum am Standort Stuttgart, Rotenbergstraße 111, 70190 Stuttgart. Die Eltern-Workshops des LMZ finden im Rahmen der Kampagne SpardaSurfSafe statt.

Weitere Informationen speziell für Eltern und für den Familienalltag sowie Links und Materialien zum Jugendmedienschutz finden Sie auf MediaCulture-Online – dem Portal für Medienbildung des LMZ – www.mediaculture-online.de (> Themen > Jugendmedienschutz > Für Eltern).



Werden Sie Mentor/in in Medienfragen! - Das Eltern-Medienmentoren-Programm des Landesmedienzentrums

Schaden gewalthaltige Bildschirmspiele meinem Kind? Welche Medienzeiten sollte ich meinem Kind erlauben? Welcher Umgang mit Medien ist sinnvoll? Was gilt es bei der Nutzung von Facebook und Co. zu beachten? Die rasante Veränderung der Medien und ihr Einfluss auf den Lebensalltag von Heranwachsenden stellen Eltern bei der Erziehung vor große Herausforderungen. Das Programm "Medien! Eltern-Medienmentoren" bietet deshalb Eltern Informationen und alltagsnahe Unterstützung in Fragen der Medienerziehung an. Es richtet sich ausdrücklich auch an Eltern mit Migrationshintergrund.

Während ihre Kinder wie selbstverständlich in die vielfältigen Möglichkeiten der modernen Medien hineinwachsen, sind den Eltern die medialen Lebenswelten ihrer Kinder vielfach fremd und ihr Tun verursacht Sorge und Skepsis. Eltern haben aber eine Schlüsselfunktion in der Vermittlung von Medienkompetenz. Diese umfasst Fähigkeiten, die in allen Lebensbereichen unverzichtbar sind, insbesondere in Ausbildung und Arbeitswelt.

Deshalb kommt dem pädagogischen Jugendmedienschutz wachsende Bedeutung zu. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Vermittlung von Medienkompetenz innerhalb der Familie. Hier besteht hinsichtlich der Medien und des Medienumgangs ein großer Informationsbedarf einerseits, sowie Orientierung in erzieherischen Fragen andererseits.

Das Eltern-Medienmentoren-Programm

Das Eltern-Medienmentoren-Programm des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg (LMZ) will Eltern bei der Medienerziehung unterstützen, das Gespräch in der Familie fördern und einen Beitrag zum pädagogischen Jugendmedienschutz leisten. Das LMZ kooperiert dabei mit Kulturvereinen, Initiativen, der Elternstiftung Baden-Württemberg, dem Landeselternbeirat und vielen weiteren Akteuren, gerade auch mit solchen Einrichtungen, die sich um Menschen mit Migrationshintergrund kümmern. Das Programm wird im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg durchgeführt und ist Teil der Initiative "Kindermedienland Baden-Württemberg".

Das Programm sieht vor allem zwei Möglichkeiten der Information und Aktivität für Eltern vor:

- Veranstaltungen und Angebote rund um kindliche und jugendliche Medienwelten sowie die damit verbundenen Erziehungsfragen für alle Eltern.
- Ausbildung besonders interessierter Eltern zu so genannten Eltern-Medienmentoren, sprich Multiplikatoren. Sie sollen wohnortnah aktiv werden, weitere Informationsangebote für Eltern anregen und organisieren, sowie Ansprechpartner für andere Eltern in Fragen der Medienerziehung sein.

Beide Angebote sind - wenn auch in unterschiedlicher Intensität - am Lebensalltag Heranwachsender ausgerichtet und umfassen Themen aus den Bereichen Internet inklusive Facebook oder Cybermobbing, Handy, Computerspiele oder Fernsehen. Sie erhalten praktische Einblicke in die Medienwelt von Kindern und Jugendlichen sowie Informationen und Hilfestellungen, wie Medienerziehung aktiv in der Familie gestaltet werden kann. Die Veranstaltungen können beispielsweise an einer Schule, einem

Bildungszentrum oder in Familien-, Eltern- und Kultureinrichtungen stattfinden. Sie sind für die Teilnehmer kostenlos. Sie werden von qualifizierten Referentinnen und Referenten des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg durchgeführt.

Kontakt:

Jan Koschorreck

Projektkoordination Eltern-Medienmentoren

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Rotenbergstraße 111

70190 Stuttgart

Tel.: 0711 – 2850 772

Mail: ✉ koschorreck@lmz-bw.de

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie außerdem auf www.elternmedienmentoren.de

Hintergrund:

Das Eltern-Medienmentoren-Programm ist ein Projekt im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg und wird vom Landesmedienzentrum Baden-Württemberg im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg durchgeführt. Die Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg wurde von der Landesregierung Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg, dem SWR, dem Landesmedienzentrum Baden-Württemberg und der MFG Medien und Filmgesellschaft Baden-Württemberg ins Leben gerufen.



Baden-Württemberg



Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Redaktion Infodienst Eltern: Klaus Kehl (verantwortlich).

Postfach 10 34 42, 70029 Stuttgart

Telefon: 0711 279-2835 und -2611

Fax: 0711 279-2838

✉ infodienste@km.kv.bwl.de

www.kultusportal-bw.de

Den Infodienst Eltern können Sie online einsehen und abonnieren unter:

www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1190062/

Redaktionsschluss Ausgabe 56 September/Oktober 2011: 5. September 2011

Möchten Sie den Infodienst nicht mehr erhalten? Um den Infodienst Eltern abzubestellen klicken Sie einfach auf Infodienst Eltern abbestellen. Sie gelangen zu den persönlichen Einstellungen und können dort Ihr Abonnement kündigen.

[Infodienst Eltern abbestellen](#)

Haftungsausschluss

Die Informationen, die Sie in diesem Infodienst vorfinden, wurden nach bestem Wissen und Gewissen sorgfältig zusammengestellt und geprüft. Es wird jedoch keine Gewähr – weder ausdrücklich noch stillschweigend – für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität oder Qualität und jederzeitige Verfügbarkeit der bereit gestellten Informationen übernommen. In keinem Fall wird für Schäden, die sich aus der Verwendung der abgerufenen Informationen ergeben, eine Haftung übernommen.

Internetseiten dritter Anbieter / Links

Dieser Infodienst enthält auch Links oder Verweise auf Internetauftritte Dritter. Diese Links zu den Internetauftritten Dritter stellen keine Zustimmung zu deren Inhalten durch den Herausgeber dar. Es wird keine Verantwortung für die Verfügbarkeit oder den Inhalt solcher Internetauftritte übernommen und keine Haftung für Schäden oder Verletzungen, die aus der Nutzung – gleich welcher Art – solcher Inhalte entstehen. Mit den Links zu anderen Internetauftritten wird den Nutzern lediglich der Zugang zur Nutzung der Inhalte vermittelt. Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte und für Schäden, die aus der Nutzung entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde.

